

Beschluss des Kreisparteitages des CDU Kreisverbandes Cloppenburg vom 28.05. 2015

Schnelles Internet für alle!

Der Kreisparteitag des CDU-Kreisverbandes Cloppenburg fordert die Bundesregierung und die Landesregierung auf, für die Erschließung insbesondere des ländlichen Raumes mit schnellem Internet **realistische** Ausbauziele und Ausbauschritte festzulegen sowie einen ausbaufördernden ordnungspolitischen Rahmen und deutliche Investitionsanreize zu schaffen.

Begründung

Das schnelle Internet ist der Zugang zur digitalen Welt und damit ein Schlüsselfaktor für die Wirtschaft sowie Voraussetzung für eine gleichberechtigte Beteiligung der Bevölkerung am gesellschaftlichen Leben. Damit der Landkreis Cloppenburg hier den Anschluss nicht verliert, muss der Breitbandausbau deutlich beschleunigt werden.

Das bei der Versorgung mit schnellem Internet verfolgte Ziel der Bundesregierung konnte einer großformatigen Anzeige entnommen werden: **bis 2018 soll ganz Deutschland mit schnellem Internet (mindesten 50 Megabit pro Sekunde) versorgt werden.**

Insbesondere in ländlichen Regionen wie dem Landkreis Cloppenburg werden damit Erwartungen geweckt, die erkennbar nicht erfüllt werden können.

Nach Informationen unseres Landkreises hat eine jüngst durchgeführte Strukturplanung ergeben, dass im Landkreis mehr als 25% der Haushalte keine Übertragungsrate von 30 MBit/s erreichen und die etablierten Festnetzbetreiber hier kurz- und mittelfristig keinen Aus- bzw. Aufbau planen. Die Erschließung der vorhandenen „weißen Flecken“ mit 50 Mbit/s würde allein im Landkreis Cloppenburg Kosten in Höhe von rd. 86 Mio. € verursachen.

Nennenswerte sichere Finanzmittel für den Ausbau werden zur Zeit seitens Bund und Land nicht zur Verfügung gestellt. Der Landkreis und seine 13 Städte und Gemeinden sind nicht in der Lage, diese enorme Leistung selbst zu finanzieren, auch wenn die Kommunen aufgrund ihrer Interessenlage immer mehr in die Verantwortung und in eigene Breitbandinvestitionen gedrängt werden. Die Breitbanderschließung bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die vorrangig Bund und Land zuständig sind.

Das in der o.g. Anzeige angekündigte Ausbauziel kann mit den vorhandenen Möglichkeiten daher nicht erreicht werden.